

Schmid, Günther; Buteweg, Jörg

Article — Digitized Version

"Massenarbeitslosigkeit ist nicht unabwendbar"

Mitbestimmung: Magazin der Hans-Böckler-Stiftung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Schmid, Günther; Buteweg, Jörg (1993) : "Massenarbeitslosigkeit ist nicht unabwendbar", Mitbestimmung: Magazin der Hans-Böckler-Stiftung, ISSN 0723-5984, Berg-Verlag, Bochum, Vol. 39, Iss. 9, pp. 6-8

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122404>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

„Massenarbeitslosigkeit ist nicht unabwendbar“

Während die Arbeitslosigkeit dramatisch steigt, fehlen bis heute politische Konzepte, die diesen Trend umkehren könnten. Für nicht akzeptabel hält Prof. Günther Schmid die Erosion von Arbeitsplätzen - nebst der gesellschaftlichen Anpassung an immer höhere Zahlen struktureller Arbeitslosigkeit. „Vollbeschäftigung ist machbar!“, reklamiert der Arbeitsmarktpolitik-Experte am Wissenschaftszentrum Berlin. Mit ihm sprach für "Die Mitbestimmung" Jörg Buteweg.

🏠: In der Bundesrepublik herrscht Fatalismus: Die Arbeitslosigkeit nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an, eine Debatte darüber gibt es aber nicht, geschweige denn Bemühungen, dagegen anzukämpfen.

Günther Schmid: Jede Gesellschaft hat die Arbeitslosigkeit, die sie toleriert. Es gibt keine „natürliche Arbeitslosenquote“, womit Ökonomen gern die tatsächliche Arbeitslosigkeit rechtfertigen. Sie blenden dabei immer die enormen Kosten aus, die Arbeitslosigkeit verursacht.

🏠: Worin bestehen die Kosten der Arbeitslosigkeit?

Günther Schmid: Die vorhandenen Kapazitäten der Wirtschaft werden nicht genutzt, deswegen werden weniger Güter und Dienstleistungen hergestellt als eigentlich möglich wäre. Folglich gibt es auch weniger zu verteilen. Für die USA ist ermittelt worden, daß ein Rückgang der Arbeitslosigkeit um ein Prozent einen Wachstumsgewinn von drei bis vier Prozent bringt. Auch für die Bundesrepublik gilt: Durch konsequente Vollbeschäftigungspolitik läßt sich die Wertschöpfung steigern, von einer Vermeidung sozialer Kosten ganz zu schweigen.

🏠: Was heißt für Sie Vollbeschäftigung?

Günther Schmid: Null-Arbeitslosigkeit ist eine Utopie, aber ich wehre mich gegen eine fatalistische Festlegung einer angeblich natürlichen Arbeitslosenquote, die beliebig der Realität angepaßt wird. Früher lag diese „natürliche Arbeitslosenquote“ bei drei bis vier Prozent, jetzt wird sie bei sechs bis sieben Prozent festgelegt, und wenn es keine großen Proteste gibt, dann kann man sie auf acht bis neun Prozent steigern. Das ist nicht nur für die Volkswirtschaft katastrophal, sondern vor allem für die Menschen, die davon betroffen sind. Arbeitslosigkeit ist Ursache für wachsende soziale Ungleichheit. Für viele Menschen ist Arbeitslosigkeit der Beginn eines sozialen Abstiegs, sowohl im Sinne von Statusverlust in der Gesellschaft, wie im engeren ökonomischen Sinne. Es ist in international vergleichenden Studien belegt, daß Einkommensungleichheit durch wachsende Arbeitslosigkeit drastisch verschärft wird. Das ist sicherlich auch politisch gewollt. Hinter dem Konzept der natürlichen Arbeitslosigkeit stecken Machterhaltungsinteressen.

🏠: Welches Niveau von Arbeitslosigkeit halten Sie für erreichbar?

Günther Schmid: Wir könnten mit aller Anstrengung auf drei bis vier Prozent Arbeitslosigkeit zurück, wie in den 70er Jahren. Gegenüber der aktuellen Situation wäre das praktisch eine Halbierung. Dazu muß natürlich der politische Wille vorhanden sein.

🏠: Aber Vollbeschäftigung wird doch mit Inflation erkauft?

Günther Schmid: Das stimmt nicht generell. In der Bundesrepublik haben wir derzeit etwa vier Prozent Inflation. Dies kommt im wesentlichen durch staatlich festgelegte Preise zustande, nicht durch eine Lohn-/Preisspirale, wie zeitweise Mitte der 70er Jahre. Die Preissteigerungen

kommen auch nicht durch Kapazitätsengpässe in der Wirtschaft zustande. Eine Nachfragestrategie mit einer Expansion der öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur für Bildung, Verkehr und Technologie wäre derzeit zu realisieren, ohne die Inflation in die Höhe zu treiben. Die Inflationsgefahr wird von der Wirtschaft, vom Wirtschaftsminister, aber auch von der Bundesbank hochgespielt.

🏠: Öffentliche Investitionen bedeuten aber noch höhere Staatsverschuldung.

Günther Schmid: Man muß unterscheiden zwischen Schulden und Defizit. Defizite durch Kredite für Investitionen sind etwas anderes als Schulden, um Konsum zu finanzieren. Deswegen sagt die bloße Größe des Schuldenberges nichts aus. Wir sind in einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruch. Osteuropa braucht einen Marshallplan und Westeuropa eine Modernisierungskur, um im weltwirtschaftlichen Wettbewerb zu bestehen. Jetzt muß massiver in die Zukunft investiert werden als in den 70er und 80er Jahren, als wir noch von den Innovationen der 50er und frühen 60er Jahre zehren konnten. Das würde sich in 10 bis 15 Jahren auch auszahlen.

🏠: Staatsverschuldung ist für Sie nicht generell von Übel?

Günther Schmid: So ist es. Nehmen Sie das Beispiel Beschäftigungspolitik. Da lautet die Alternative: Geben wir Gelder für Arbeitslosigkeit aus oder investieren wir sie in Maßnahmen der produktiven Arbeitsförderung, der Qualifizierung, der Schaffung neuer Arbeitsplätze etwa im Umweltbereich, geben sie beispielsweise für Lohnsubventionen und Hilfen zur Existenzgründung aus. Solange Geld in solch produktive Maßnahmen gesteckt

wird, habe ich keine Bedenken gegen eine Erhöhung des Staatsdefizits. Im übrigen glaube ich, daß durch Streichen und Umschichten viel Geld freigemacht werden könnte. Wenn die Regierung da entschlossen handeln würde, müßte das Defizit gar nicht so enorm wachsen. Vollbeschäftigung durch mehr öffentliche Investitionen und Zuschüsse zu privaten Investitionen muß nicht zu höheren Defiziten führen. Von einer straffen Konsolidierungspolitik mit dem einzigen Ziel, die Neuverschuldung zu verringern, halte ich gegenwärtig allerdings nichts.

H: „Wenn es hohe Arbeitslosigkeit gibt, dann sind die Löhne zu hoch“, lautet ein Standardargument konservativ-liberaler Wirtschaftler. Welche Rolle spielt aus ihrer Sicht die Lohnpolitik?

Günther Schmid: Lohnpolitik sollte moderat sein in dem Sinne, daß die Löhne nicht der Produktivitätsentwicklung davonlaufen. In diesem Sinne waren die jüngsten Tarifabschlüsse in Westdeutschland moderat. In Ostdeutschland sieht die Sache natürlich anders aus. Währungsunion und die darauf folgenden Stufen-tarifverträge waren politische Entscheidungen. Dort müssen produktive Arbeitsplätze erst entstehen. Aber die IG Metall zeigt durchaus Flexibilität in den Betrieben, wo die Schwierigkeiten unerwartet groß sind. Es ist aber versäumt worden, den industriellen Wiederaufbau in den neuen Bundesländern stärker zu fördern. Ich hätte mir beispielsweise Lohnkostenzuschüsse für Betriebe in der Sanierung und für Existenzgründungen gewünscht, Entlastungen bei der Umsatzsteuer und eine stärkere Absatzförderung.

H: Wo sehen Sie Ansatzpunkte zu einer aktiveren Beschäftigungspolitik?

Günther Schmid: Im internationalen Vergleich ist die Bundesrepublik eindeutig unterentwickelt, was die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich angeht. Das trifft für alle Bereiche zu, vor allem für die sozialen Dienstleistungen und die produktionsnahen Tätigkeiten. Das hat mit der Lohnstruktur zu tun und mit der Zurückhaltung des Staates, Aufgaben bei den humanen Dienstleistungen zu übernehmen. Um einem weitverbreiteten Mißverständnis vorzubeugen: Bezogen auf alle Erwerbsfähigen zwischen 15 und 64 Jahren hat beispielsweise die USA mehr Menschen im öffentlichen Sektor beschäftigt als die Bundesrepublik. Noch schlechter ist unsere Stellung im Vergleich zu den skandinavischen Ländern, wo soziale und

Bildungsdienstleistungen eine sehr große Rolle spielen.

H: Wieso verhindert die Lohnstruktur mehr Beschäftigung im Dienstleistungsbereich?

Günther Schmid: Was bei uns fehlt, sind Beschäftigungsmöglichkeiten auf mittlerer Gehaltsebene. Im Gesundheitswesen gibt es zwischen hoch bezahlten Ärzten und schlecht bezahlten Pflegekräften kaum Positionen. Auch im Hochschulbereich gibt es Möglichkeiten, durch Verschiebungen kostenneutral Stellen zu schaffen. In Dänemark und Schweden sind ein Großteil der Stellen im Sozialbereich, im Bildungs- und Gesundheitswesen qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze.

H: Ist das ein Plädoyer für Arbeitszeitverkürzung?

Günther Schmid: Natürlich. Leider geht der Trend genau in die andere Richtung und es ist bedauerlich, daß die Gewerkschaften darauf so defensiv reagieren. Längerfristig kann ich mir durchaus die 30-Stunden-Woche vorstellen. Das muß allerdings zusammengehen mit dem zeitweiligen Verzicht auf Reallohnsteigerungen, damit neue Arbeitsplätze gerade für junge Leute geschaffen werden. Wir können von der etablierten Generation verlangen, daß sie Einschränkungen hinnimmt, um der nächsten Generation eine Chance zu geben.

H: Sie haben offenbar wenig Probleme mit einem wirtschaftlich aktiven Staat. Die aktuelle Tendenz geht aber dahin, die Staatstätigkeit zu verringern.

Günther Schmid: Es hat keinen Sinn, aus scheinbaren Wettbewerbszwängen mit aller Gewalt die Steuer- und Abgabenquote senken zu wollen und damit die Handlungsfähigkeit des Staates noch mehr einzuschränken. Nachgewiesenermaßen ist die Höhe der Belastung kein Argument für mangelnde Wettbewerbsfähigkeit. In den 70er und 80er Jahren waren beispielsweise die Belastungsquoten sehr unterschiedlich zwischen den Niedrigsteuerländern Japan und Schweiz einerseits und den skandinavischen Ländern mit ihren hohen Abgabelasten. Beide

Gruppen hatten aber niedrige Arbeitslosigkeit und waren international wettbewerbsfähig. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist nicht bedroht, solange hinter dieser Belastung produktive Arbeitsplätze und eine effiziente Arbeitsorganisation stehen. Das sind gesellschaftspolitische Entscheidungen, in denen es größere Spielräume gibt. Man kann Dienstleistungen privat erbringen oder im öffentlichen Sektor, wenn dazu der Konsens vorhanden ist. Hohe Belastung heißt nicht automatisch, daß Steuergelder verfrühstückt werden. Sie fließen zurück als Dienstleistungen, die von vielen Menschen geschätzt werden: Gesundheit, Bildung, Pflege, Kultur, Verkehrsinfrastruktur; alles Dinge also, die auch der Wirtschaft zugute kommen.

H: Privat ist für Sie also nicht automatisch besser?

Günther Schmid: Ich halte das Gesundheitssystem in der Bundesrepublik mit all seinen Mängeln für effizienter als das private US-System. Denken Sie daran, daß 30 Prozent der US-Bürger überhaupt nicht krankenversichert sind. Der Großteil der Gesundheitskosten wird dort nicht nur privat erbracht, sondern auch privat finanziert, insbesondere von den großen Betrieben. Die kämpfen jetzt dafür, daß ein nationales Gesundheitssystem aufgebaut wird, um ihre einseitige Belastung herunterzuschrauben, weil die ihre Wettbewerbsfähigkeit belastet. Es wird bei uns zu wenig erkannt, daß unser Gesundheitssystem auch der Wirtschaft zugute kommt.

H: Ist nicht die Arbeitskraft generell zu teuer?


Günther Schmid: Den Faktor Arbeit zu entlasten, ist notwendig. Es ist aus ökologischen Gründen ein Aberwitz, daß wir die Arbeitskraft hoch belasten und den Energieverbrauch so wenig. Wir müssen weg von einer weiteren Belastung der Löhne und die gesellschaftlich wichtigen Aufgaben stärker über Konsumsteuern finanzieren.

H: Also Senkung der Sozialabgaben und stattdessen Steuererhöhungen?


Günther Schmid: Ich plädiere für einen Umbau des Sozialsystems. Es ist ein Unding, daß wir einen Großteil der Arbeitsmarktpolitik über die Beiträge der

DIE MITBESTIMMUNG

Unternehmen und der Arbeitnehmer zur Arbeitslosenversicherung finanzieren. Besser wäre eine Arbeitsmarktabgabe. Da gibt es allerdings Bedenken, ob dies dem Grundgesetz entspricht. Ich ziehe deswegen einen regelgebundenen Bundeszuschuß an die Bundesanstalt für Arbeit vor. Der Bund müßte einen bestimmten Prozentsatz der Ausgaben der Bundesanstalt aus Steuermitteln zuzahlen. Er profitiert nämlich von aktiver Beschäftigungspolitik erheblich, zum Beispiel über Minderausgaben (etwa für Arbeitslosenhilfe) und zusätzliche Steuereinnahmen.

 Derzeit wird aber nicht über Finanzierungsmodelle debattiert, sondern es werden Gelder gestrichen.

Günther Schmid: Das ist katastrophal, in sozialer wie ökonomischer Hinsicht. Wir lösen damit kein Problem, sondern verschieben nur die Kosten auf andere Stellen; beispielsweise auf die Kommunen, die Sozialhilfe zahlen müssen. Denen fehlt dann wiederum das Geld für Investitionen. Es ist aber auch sozial katastrophal, denn Menschen, die längere Zeit arbeitslos sind, werden mutlos, ihre Qualifikationen werden zerstört, gar nicht zu sprechen von Gesundheitsschäden und Kriminalität. Wenn man die schwer meßbaren Folgen der Arbeitslosigkeit beziffern könnte, würde uns bewußt, daß es völlig unsinnig ist, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu streichen.

 Trotzdem gibt es offenbar eine stillschweigende Übereinkunft, daß gegen Arbeitslosigkeit kaum ein Kraut gewachsen ist.

Günther Schmid: Alles was Wissenschaft tun kann, ist zu zeigen, daß Vollbeschäftigung im oben beschriebenen Sinne möglich ist. Das zeigen andere Industrieländer mit vergleichsweise geringer Arbeitslosigkeit. Sehen Sie nach der Schweiz, nach Österreich oder Japan. Massenarbeitslosigkeit ist nicht unabwendbar. •